

Übergeordnete Prozesse

Planungsprozesse

"Planungsprozesse" ist ein Überbegriff über verschiedene Teilaspekte, die das Thema der städtischen Bauflächenentwicklung betreffen. Der Ablauf der Entwicklung von städtischem Bauland sollte beschleunigt und effizienter ausgestaltet werden.

Diese Entwicklung betrifft dabei Themen wie Bebauungsplanung, Artenschutzprüfung, Ausgleichs- und Kompensationsflächen, Bodenordnung, Erschließung, Entwässerung, Grunderwerb (für Artenschutz-, Erschließungs- und Entwässerungsflächen) sowie Vermarktung und damit auch verschiedene Dienststellen und Teilprozesse. Zudem sind darüber hinaus dienststellenbezogene Organisationsuntersuchungen bei Stpl und LA vorgesehen.

Die Sammlung und Abstimmung von schrittweisen Prozessverbesserungen muss dabei unter dem Fokus eines Gesamt-Workflows betrachtet werden (vgl. dazu auch entsprechende Ausführungen in der AfS-Vorlage "Koordination der städtischen Dienststellen bei der Bauflächenentwicklung" vom 26.06.2014).

Die Einbringung der gesammelten Prozessverbesserungen in ein Sparpaket wird als zeitlich besonders schwierig eingeschätzt und kann aufgrund der Tatsache, dass es sich dabei um einen laufenden Prozess handelt, finanziell auch nur schwer quantifiziert werden.

Öffentlichkeitsarbeit

Ansatzpunkt ist hier eine stadtweite Zentralisierung der Öffentlichkeitsarbeit und der daraus resultierenden möglichen Verringerung externer Vergaben an Dienstleistungsunternehmen.

Um auf dieser Basis ein mögliches finanzielles Sparpotential identifizieren zu können, soll eine Prozessanalyse belastbare Informationen verfügbar machen, wie viele Mittel stadtweit an externe Dienstleister ausgegeben werden, und für welche Leistungen im Einzelfall.

Zudem wird an den veröffentlichten Publikationen angesetzt, und zwar sowohl Online-Veröffentlichungen als auch Print-Produkte. Beide Veröffentlichungsarten verursachen Kosten für Erarbeitung, Redaktion und Layout, Print-Materialien dazu noch für ihren Druck.

Eine Prüfung hinsichtlich Reduzierung v.a. bei den besonders kostenintensiven Veröffentlichungen wird dabei unter verschiedenen Aspekten vorgenommen, etwa der tatsächlichen Erreichung der vorgesehenen Zielgruppe. In einem späteren Ergebnis wären stadtweite Regelungen über den Umgang mit den Veröffentlichungen im eigenen Geschäftsbereich denkbar.

Mit diesem übergeordneten Prozess befasst sich u.a. seit Ende des Jahres 2015 die geschäftsreichsübergreifend besetzte AG Kommunikation.

"eRechnung" (Elektronischer zentraler Rechnungseingang)

Beim stadtweiten Thema der Rechnungsstellung und -bearbeitung zeigen Vergleichszahlen, dass eine Prüfung des Themas sinnvoll wäre. Ab dem Jahr 2019 besteht die gesetzliche Verpflichtung, Rechnungen auch elektronisch anzunehmen. Eine Verknüpfung mit dem DMS ist dabei eine zwingende Voraussetzung. Erfahrungen der Stadt München zeigen einen sinnvollen Einsatz externer Beratung. Aktuell wird die konkrete Themenstellung konzeptioniert (vgl. auch Vorlage im ÄR- und FinanzA und POA am 26.10.2016).

Fuhrparkmanagement

Die Optimierung des städtischen Fuhrparkmanagements setzt an der Verbesserung von Verwaltung, Planung und Steuerung der städtischen Fahrzeugflotte an. Zudem werden das bestehende Fuhrparkkonzept hinterfragt und evtl. mögliche alternative Bewirtschaftungsformen überprüft.

Das externe Beratungshaus EcoLibro verglich dabei verschiedene Bewirtschaftungsformen und arbeitete Ansätze heraus, die Kosten des städtischen PKW-Fuhrparks zu senken. Der Beratungsauftrag beschränkte sich zunächst auf die Untersuchung und Bewertung von Bestand, Bedarf und Nutzung an PKWs ohne spezielle kommunale Auf- und Einbauten und wurde erweitert um eine Bewertung des Einsatzes der Referentenfahrer und -autos (vgl. Aufgabenkritik-Vorschlag Nr. 21).

Einsparpotential wird dabei gesehen bei der Optimierung der Verwaltung, Planung und Steuerung der städtischen Fahrzeugflotte für insgesamt reduzierte Kosten des städtischen PKW-Fuhrparks.

Der aktuelle Sachstand des Fuhrparkmanagements wurde zuletzt am 28.10.2015 dem Ältestenrat und Finanzausschuss und POA in einer eigenen Vorlage vorgestellt. Aktuell wird hier eine mehrmonatige detaillierte Fahrzeugdatenerhebung durchgeführt, um die Ergebnisse der Potentialabschätzung zu verifizieren und um somit die Basis für ein zukünftiges Organisationsmodell zu schaffen.

Bei der zukünftigen Umsetzung des Projekts muss beachtet werden, dass 107.000 Euro der im Fuhrparkmanagement erzielten Einsparungen für die Sparmaßnahme HHK 2009 Stufe 3 Nr. 46 bei SÖR gerechnet werden müssen.

Schuldner- und Insolvenzberatung beim Instituts für soziale und kulturelle Arbeit (ISKA)

Auf Vorschlag von Ref. V hin wurde auch eine Prozessuntersuchung bei der Schuldner- und Insolvenzberatung des Instituts für soziale und kulturelle Arbeit (ISKA) Nürnberg durchgeführt. Eine konkrete Sparvorgabe wurde dabei nicht gesetzt.

Diese Prozessuntersuchung wurde an das externe Beratungshaus con_sens vergeben, im Juni 2014 begonnen und ist inzwischen abgeschlossen. Das Beratungshaus verglich dabei die Schuldnerberatungsprozesse mit anderen Schuldnerberatungen in anderen Städten ebenso wie die Finanzierungssysteme (Pauschal- vs. fallbezogene Finanzierung).

ISKA finanziert sich durch ein Pauschalfinanzierungsmodell mittels Zuschussvergabe der Stadt Nürnberg über die Fachstelle für Wohnungslosen- und Obdachlosenhilfe bei SHA. Weitere Zuschüsse müssen nicht beantragt werden. Gelegentlich können sogar nicht verbrauchte Zuschüsse an die Stadt Nürnberg zurückfließen.

Da im Vergleich mit Einrichtungen in anderen Städten, die fallorientiert arbeiten, diese Schuldnerberatungen deutlich höhere Ausgaben für Schuldnerberatung und Insolvenzverfahren pro Einwohner aufweisen, sollte die Ausgestaltung der Finanzierung so beibehalten werden.

Die Untersuchung bescheinigte dem ISKA eine sehr gute Ausgestaltung der Arbeitsabläufe. Die Beratungs- und Arbeitsprozesse sind standardisiert sowie schriftlich fixiert. Aus Sicht von con_sens sind die Standards den Anforderungen der Fachkräfte, der entsprechenden Problemstellung und den Beratungsprozessen angepasst.

Alle Klienten konnten innerhalb eines Monats nach Kontaktaufnahme einen Beratungstermin erhalten, obwohl ISKA im Vergleich eine relativ geringe Personalausstattung pro Einwohner hat. Ebenfalls im Vergleich höhere Zahlen an begonnenen und beendeten Verfahren zeigen eine relativ kurze Beratungszeit.

Verbesserungsvorschläge im Verwaltungsverfahren betrafen einen veränderten Einsatz von Fachsoftware mit dem Ziel einer besseren Erfassung und Verwaltung der Klienten sowie mit Hinblick auf Datenpflege für ein Controlling (Beratungsergebnis, erreichte Beratungsziele o.ä.). Zudem wurden Überlegungen eröffnet, ergänzend zum jetzigen Leistungsangebot präventiv in der Schuldnerberatung tätig zu werden.

Dieser Prüfauftrag ist damit **abgeschlossen**.